

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,65 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbände- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Hilfs-Zentrale)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz., 25 Pf., Familienanz., 15 Pf.
Vereinsanz., 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 11.

Berlin, Sonnabend, 5. Februar 1910.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Ein Gedenktag. — Ein dreifacher Attentatsversuch auf das Koalitionsrecht. — Allgemeine Rundschau. — Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1909. — Gewerksvereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen.

Ein Gedenktag.

20 Jahre sind am heutigen 5. Februar vergangen, seitdem die Erlasse Kaiser Wilhelms II. zur Veröffentlichung gelangt sind. Ein sozialpolitisches Ereignis ersten Ranges nannte damals der „Gewerksverein“ die Kundgebung, und ebenso wurde sie von der gesamten deutschen Presse gewürdigt. Auch auf die politischen Parteien übten diese kaiserlichen Erlasse einen starken Einfluß aus. Im Februar 1890 tobte ein heftiger Wahlkampf. Kein Wunder also, daß sämtliche Parteien, um sich die Stimmen der Arbeiter zu sichern, erklärten, auf dem Boden der Erlasse zu stehen, und sämtlich in ihnen den „Ausfluß und die Anerkennung ihrer langjährigen Prinzipien und Bestrebungen“ erblickten. Mit welchem Rechte, soll hier nicht untersucht werden.

Die kaiserlichen Erlasse sind die Fortführung des Gedankens, der in der Botschaft Kaiser Wilhelms I. über die Arbeiterversicherung zum Ausdruck kam. Kaiser Wilhelm II., befehlend von dem Wunsche, die Arbeitermassen, welche sich zum großen Teile der Sozialdemokratie zugewandt hatten, mit dem Nötigsten wieder auszuföhnen, war ernstlich bemüht, soziale Einrichtungen zu schaffen, welche die in der Arbeiterchaft vorhandene Unzufriedenheit, wenn auch nicht zu beseitigen, so doch abzumildern geeignet waren. Deshalb hieß es in dem Erlaß an die Minister der öffentlichen Arbeiten und für Handel und Gewerbe, nachdem auf die Unzulänglichkeit der bisher getroffenen Maßnahmen hingewiesen war:

„Neben dem weiteren Ausbau der Arbeiter-Versicherungs-Gesetzgebung sind die bestehenden Vorschriften der Gewerbeordnung über die Verhältnisse der Fabrikarbeiter einer Prüfung zu unterziehen, um den auf diesem Gebiete laut gewordenen Klagen und Wünschen, soweit sie begründet sind, gerecht zu werden.“

Diese Prüfung hat davon ausgehen, daß es eine der Aufgaben der Staatsgewalt ist, die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Beförderung der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben.

Für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern sind gesetzliche Bestimmungen über die Formen in Aussicht zu nehmen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt und zur Wahrung ihrer Interessen bei Verhandlung mit den Arbeitgebern und mit den Organen meiner Regierung befähigt werden. Durch eine solche Einrichtung ist den Arbeitern der freie und friedliche Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden zu ermöglichen und den Staatsbehörden Gelegenheit zu geben, sich über die Verhältnisse der Arbeiter fortlaufend zu unterrichten und mit den letzteren Fühlung zu behalten.

Die staatlichen Bergwerke wünsche ich bezüglich der Fürsorge für die Arbeiter zu Musteranstalten entwickeln zu sehen, und für den Privatbergbau erstrebe ich die Herbeiführung eines organischen Verhältnisses meiner Bergbeamten zu den Betrieben, behufs einer Stellung der Fabrikeninspektionen entsprechenden Aufsicht, wie sie bis zum Jahre 1865 bestanden hat.“

Eingefügt wurde, daß der Staatsrat unter dem Vorsitz des Kaisers und unter Zuziehung sach-

kundiger Personen diese Fragen durchberaten und daß außerdem die übrigen Industriestaaten zu einer Konferenz eingeladen werden sollten, um die „Herbeiführung gleichmäßiger internationaler Regelungen der Grenzen für die Anforderungen anzustreben, welche an die Tätigkeit der Arbeiter gestellt werden dürfen“. Gleichzeitig erschien ein Erlaß an den Reichkanzler, in welchem es hieß:

„Ich bin entschlossen, zur Verbesserung der Lage der deutschen Arbeiter die Hand zu bieten, soweit die Grenzen es gestatten, welche meiner Fürsorge durch die Notwendigkeit gezogen werden, die deutsche Industrie auf dem Weltmarkte konkurrenzfähig zu erhalten und dadurch ihre und der Arbeiter Existenz zu sichern. Der Rückgang der heimischen Betriebe durch Verlust ihres Absatzes im Auslande würde nicht nur die Unternehmer, sondern auch ihre Arbeiter brotlos machen.“

Der Erlaß schließt mit der Aufforderung, eine internationale Verständigung über die Möglichkeit herbeizuführen, „denjenigen Bedürfnissen und Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen, welche in den Umständen der letzten Jahre zutage getreten sind“.

In der Tat ein sozialpolitisches Ereignis ersten Ranges! Wenn heute 20 Jahre darüber vergangen sind, ist es angebracht, einmal zu prüfen, wie weit die in den Erlässen ausgedrückten Gedanken zur Verwirklichung gelangt sind. Wir wollen uns dabei nicht in Einzelheiten verlieren. Kaiser Wilhelm II. ist sicherlich sehr befriedigt über das erzielte Resultat. Hat er doch schon vor Jahren einmal in einer Rede zum Ausdruck gebracht, daß durch die sozialen Einrichtungen des Reiches dem Arbeiter eine gesicherte Existenz bis in das höchste Alter hinein gewährleistet sei. Die Arbeiter selbst sind anderer Meinung. Trotz alledem soll nicht geleugnet werden, daß nicht unerhebliche Fortschritte auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung erzielt worden sind. Auf der anderen Seite aber muß betont werden, daß das Maß dieses Fortschritts durchaus unzureichend ist. Nicht nur die Arbeiterschaft selbst, sondern auch Leute, die außerhalb derselben stehen, aber soziales Verständnis besitzen, klagen über die geringen Fortschritte, die auf sozialpolitischem Gebiete zu verzeichnen sind. Was aber dabei das Schlimmste ist: Je weiter die Zeit vorgeschritten ist, um so spärlicher wurden die sozialpolitischen Früchte. Der Einfluß des Scharfmachertums ist von Jahr zu Jahr gewachsen und hat der fortschreitenden Sozialpolitik immer neue Steine in den Weg zu legen verstanden. Dabei gibt es in der Tat noch eine gewaltige Fülle von Aufgaben zu lösen. Sehen wir uns nur einmal die zahlreichen Anträge sozialpolitischer Inhalts an, die bei Beginn jeder Session im Reichstage und in den Landesparlamenten eingebracht werden! Mag sein, daß die Parteien damit die Gunst der Arbeiter gewinnen zu können glauben. Wäre aber nicht ein dringendes Bedürfnis vorhanden für die Einführung neuer sozialer Reformen, so würden doch nicht so viel Anträge eingebracht werden. Jedenfalls geht daraus hervor, daß die kaiserlichen Februar-Erlasse von ihrer Verwirklichung noch recht weit entfernt sind. Gehen wir doch einmal die einzelnen Sätze durch! Gewiß, die Gewerbeordnung hat im Laufe der Jahre mancherlei Verbesserungen erfahren. Die Arbeitszeit ist verkürzt worden, namentlich auch für Frauen; in hygienischer und sittlicher Beziehung sind segensreiche Einrichtungen getroffen worden. Trotzdem aber muß doch wohl die Regierung selbst der Ueberzeugung sein, daß neue Änderungen notwendig sind. Sonst

hätte sie ja die neue Gewerbeordnungs-Novelle nicht eingebracht. Und doch wie zahlreich sind die Wünsche, die in der Arbeiterchaft bei dieser Gelegenheit wieder laut geworden sind, deren Erfüllung aber rundweg abgelehnt wird.

Kann ferner davon die Rede sein, daß den Arbeitern die gesetzliche Gleichberechtigung eingeräumt wird? Auf dem Papier vielleicht, in der Praxis auf keinen Fall. Denken wir nur an die letzten Vorgänge im Ruhrbergbau, wo die Regierung ruhig zusieht, wie die Unternehmer sich Einrichtungen schaffen, mittels deren sie über die Arbeiter wie willkürliche Werkzeuge verfügen können. In unbeschränkter Fülle liegen sich die Beispiele häufen, die erkennen lassen, daß von einer wirtschaftlichen Gleichberechtigung nicht gesprochen werden kann, von einer politischen schon erst recht nicht.

Recht eigenartig mutet auch der Passus der kaiserlichen Erlasse an, der von der „Pflege des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern“ handelt, wo es heißt, daß Einrichtungen in Aussicht genommen sind, „in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlung mit den Arbeitgebern und mit den Organen meiner Regierung befähigt werden“. Damit sind die Arbeitskammern gemeint. Mit der Tatsache, daß ihre Einführung sich so lange hingezogen hat, wollen und müssen wir uns nun schon einmal abfinden. Klingt es aber nicht wie Hohn, wenn die Reichsregierung sich mit aller Entschiedenheit dagegen sträubt, daß Organisationsbeamte, das sind doch diejenigen Vertreter, die das Vertrauen der Arbeiter in besonderen Maße besitzen, als Mitglieder der Arbeitskammern gewählt werden können? Schon der Hinweis auf diese Tatsache zeigt, wie wenig die heute getriebene Sozialpolitik dem Sinne der kaiserlichen Erlasse entspricht.

Wir wollen uns, wie gesagt, nicht in Einzelheiten verlieren. Aber auf den Erlaß an den Reichskanzler müssen wir doch noch mit einigen Sätzen zurückkommen. Die in Aussicht genommenen sozialpolitischen Maßnahmen sollten sich in solchen Grenzen halten, daß dadurch die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkte nicht beeinträchtigt wird. Daß man diese Grenzen innezuhalten verstanden hat, das beweist ja der Umstand, daß die deutsche Industrie tatsächlich sich immer weitere Absatzgebiete errungen hat. Die Schwierigkeiten, die sich ihr dabei in den Weg gestellt haben, sind nicht aufgetürmt worden durch sozialpolitische Maßnahmen, sondern durch zollpolitische. Dem Drängen eines profitlüchtigen Agrarierums nachgebend, hat die Reichsregierung mehr und mehr die Bahnen ständiger Wirtschaftspolitik verlassen. Durch ungeheure Zollerhöhungen auf die Produkte der Nachbarstaaten hat sie diese zu Gegenmaßregeln getrieben, die dem Absatz unserer Industrieerzeugnisse vielfach Schranken gezogen haben. Auch darin also ist ein Widerspruch zu dem Inhalt der kaiserlichen Februar-Erlasse zu erblicken.

In einem Kaiserwort soll man nicht drehen und deuteln. Unsere leitenden Staatsmänner sollten es deshalb als ihre Ehrenpflicht betrachten, die kaiserlichen Pläne in die Tat umzusetzen. Bei erstem Willen werden sie im deutschen Reichstage dafür die erforderliche Unterstützung finden. Vielleicht scharft ihnen der heutige Gedenktag das Beweisen!

Ein dreifacher Attentatsversuch auf das Koalitionsrecht.

Die Frankfurter „Volksstimme“ ist in der Lage, eine Eingabe des Vorstandes des Arbeitgeberverbandes in Köln an den Staatssekretär des Reichsamts des Innern zu veröffentlichen. Das Schreiben ist datiert vom 4. Januar d. J. und verlangt nicht mehr und nicht weniger als das gesetzliche Verbot des Streikpostens. Da wird zunächst Klage geführt über die lästigsten Ausschreitungen, die von Streikposten begangen würden. Allerdings wird zugegeben, daß der vom Polizeipräsidenten „erbetene Schutz“ auch stets in dem Umfange gewährt wurde, wie er dem Umstande nach überhaupt praktisch möglich war. Der Erfolg war jedoch trotz aller behördlichen Bereitwilligkeit, gegen Gesetzesübertretungen einzuschreiten, ein vollkommen ungenügender, weil die Organe der Polizei nicht in jedem Augenblick allgegenwärtig sein können und weil eben der Polizeibehörde die gesetzlichen Handhaben fehlen, das gewöhnliche Streikpostensystem zu verbieten, auf dem sich das ganze Unwesen entwickelt.

Die Herren vom Arbeitgeberverband möchten also offenbar am liebsten, daß jedem Arbeitswilligen ein Schutzmännchen zur Seite gestellt wird, der darüber wacht, daß nur ja keine Streikposten herankommen kann. Das läßt sich aber nicht gut durchführen, und deshalb sprechen die Herren in der Petition den Gedanken aus, daß „eine gesetzliche Beschränkung des Koalitionsrechts dahin erforderlich ist, daß dieses sich nur, wie es zweifellos vom Gesetzgeber gedacht und beabsichtigt war, auf Verabredung zur Erzielung besserer Arbeitsbedingungen erstrecken soll, nicht aber auf eine Herrschaft der Straße über die gewerblichen Betriebe“. Der Polizei soll zu diesem Zwecke das Recht erteilt werden, wirksamen Schutz gegen alle Beeinträchtigungen der persönlichen Freiheit der Staatsbürger zu gewähren und zu verbürgen. „Dies kann nach Lage der Dinge nur durch gesetzliche und unbedingtes Verbot des Streikpostensystems und was damit zusammenhängt geschehen.“ Da der Erlaß eines neuen Strafgesetzbuches bevorsteht, hält der Vorstand des Arbeitgeberverbandes die geeignete Zeit zu einer Begrenzung des Koalitionsrechts für gekommen.

Am Schlusse der Eingabe wird in düsteren Farben geschildert, daß wir durch das Streikpostensystem den schlimmsten Zuständen entgegenstehen. Die Unternehmungslust der Industriellen werde vollständig unterbunden. Der Wagemut über die herrschenden Zustände sei sehr groß, und es sehe zu befürchten, daß mehr und mehr die kapitalkräftigeren Industriellen überhaupt auf jede Ausübung einer gewerblichen Beschäftigung verzichten, wenn nicht eine Aenderung in dem angeregten Sinne vorgenommen würde.

Die kölnischen Unternehmer möchten also am liebsten eine kleine Zuchtbausvorlage vorgelegt haben. Dabei liegen doch in Wirklichkeit die Dinge so, daß häufig, entgegen dem geltenden Recht, Streikposten von der Straße hinweg verhaftet und stundenlang auf den Polizeiwachen festgehalten werden. Selbst wenn sie nachher wieder entlassen werden und auch natürlich straflos ausgehen, wird der von ihnen ursprünglich beabsichtigte Zweck vereitelt. Durch die Festnahme werden sie gehindert, Arbeitssuchenden von einem Streik oder einer Sperre bei einer Firma Kenntnis zu geben. In der Ausübung ihres Koalitionsrechtes werden sie demnach gehindert. Trotz alledem verlangt man eine weitere Beschränkung dieses Rechtes. Während von den Arbeitern darauf hingedrängt wird, daß ein Ausbau des Koalitionsrechtes vom Reichstage durchgeführt wird, scheuen sich diese Unternehmer nicht, weitere Einschränkungen in Vorschlag zu bringen. Das Auftreten des neuen Staatssekretärs des Innern bei den sozialpolitischen Debatten im Reichstage hat ihnen offenbar Mut gemacht. Soviel wir auch an der deutschen Volksvertretung aussetzen haben, das trauen wir ihr denn doch nicht zu, daß ein Staatssekretär für solche Scharfmacherpläne eine Wehrheit finden würde. Immerhin tun die Arbeiter gut daran, wenn sie als Antwort auf jenen frechen Anschlag alles daran setzen, ihre Organisationen zu stärken.

Allgemeine Hundschau.

Freitag, den 4. Februar 1910.

Niemand darf fehlen in der großen Gewerksvereinsversammlung, die am Montag, 7. Februar, abends 8 Uhr, im großen Saale des Berliner Verbandshauses, Greifswalderstraße 221-23, statt-

findet und in welcher Herr Dr. Becker, Generalsekretär des Verbandes der Arbeitsnachweise, und Verbandsvorsitzende Kollege Goldschmidt über den paritätischen Arbeitsnachweis sprechen werden. Nur wenn diese Versammlung recht zahlreich von den Kollegen und Kolleginnen Berlins und Umgegend besucht wird, wird sie auch nach außen hin und bei den Behörden den gewünschten Eindruck machen. Darum alle Mann zur Stelle!

Seinen 2. ordentlichen Delegiertentag hält der Gewerksverein der Deutschen Eisenbahner (S.-V.) an diesem Sonntag in den Union-Festhallen in Breslau ab. Als Vertreter des Zentralrats wird der Verbandsvorsitzende Kollege Karl Goldschmidt den Verhandlungen beiwohnen. Der Gewerksverein der Deutschen Eisenbahner ist der jüngste Zweig am Baume unserer Gewerksvereinsorganisation. Er hat sich glänzend entwickelt und in der kurzen Zeit seines Bestehens eine Mitgliederzahl erreicht, die zu den schönsten Hoffnungen für die Zukunft berechtigt. Mögen die Beratungen in Breslau dazu dienen, den Gewerksverein der Eisenbahner im Innern zu festigen und ihm die Waffen in die Hand geben, mit denen es ihm möglich ist, seine Bestrebungen in immer weitere Kreise der Eisenbahner hineinzufragen.

Ein neues Flugblatt des Verbandes hat jedoch die Presse verlassen. Sein Titel lautet: „Arbeiter und Arbeiterinnen aller Berufe! Angefallte in Handel und Gewerbe!“ Das Flugblatt wendet sich besonders auch an alle intelligenten Arbeiter, die aufgefordert werden, in unsere Reihen einzutreten, um mitzukämpfen für eine geistige Auserkennung der deutschen Arbeiterschaft. Das Flugblatt ist zu Agitationszwecken kostenlos zu beziehen durch unser Verbandsbureau, Berlin NW., Greifswalderstraße 221-23.

Die preussische Wahlrechtsvorlage wird jetzt amtlich von der „Nordd. Allg. Zig.“ angekündigt. Nach diesem Blatte hat der König, dem Präsidenten des Staatsministeriums und den Ministern der Justiz und des Innern die Ermächtigung erteilt, den Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung der Vorschriften über die Wahl zum Hause der Abgeordneten dem Kabinete vorzulegen. Ueber den Inhalt der Vorlage macht das Blatt keinerlei Mitteilungen. Dagegen will die „Neue Pol. Korr.“ erfahren haben, daß die Vorlage nur das Zugeständnis der direkten Wahl und eine Aenderung des Wahlrechts durch Berücksichtigung von Bildung und Besitz bringen werde. Sowohl die Öffentlichkeit der Wahl, sowie die bisherige Wahlkreiseinteilung sollen beibehalten werden.

Das beste ist, man wartet erst einmal die Vorlage selbst ab. Dann wird ja aller Wahrscheinlichkeit Gelegenheit genug zur Kritik geboten sein.

Die statistischen Vorarbeiten für die Reichswertzuwachssteuer sind zum Abschluß gelangt. Damit ist einem Beschlusse des Reichstages vom 15. Juli 1909 Rechnung getragen, und der Reichsschatzsekretär hat nunmehr die Verpflichtung, auf Grund des gewonnenen Materials mit den eigentlichen Vorarbeiten zu einem Gesetzentwurf auf Einführung einer Reichswertzuwachssteuer vorzugehen. Denn in dem Gesetz wegen Aenderung des Reichstempelgesetzes vom Juli 1909 ist vorgeesehen, daß bis zum 1. April 1912 die sogenannte Zuwachssteuer eingeführt werden soll, die so zu bemessen ist, daß sie einen Jahresertrag von mindestens 20 Millionen erwarten läßt. Gleichzeitig ist festgelegt, daß dieses Gesetz dem Reichstage bis zum 1. April 1911 vorgelegt werden muß. Dieser Verpflichtung wird sich die Reichsregierung nicht entziehen können.

Arbeiterbewegung. Den Bemühungen des Oberbürgermeisters Dr. Adernann ist es wirklich gelungen, dem schmerzlichen Kampfe in der Stettiner Konfektionsbranche ein Ende zu bereiten. Die von ihm angebahnten Einigungsverhandlungen sind von Erfolg gekrönt gewesen. Die Unternehmer haben den Arbeitern nicht unerhebliche Zugeständnisse gemacht, so daß der Kampf beendet werden konnte. Auf Einzelheiten werden wir in der nächsten Nummer in einem von eingemeinter Seite stammenden Artikel zurückkommen. — Wie die Tarifbewegung im Solzgewerbe abläuft, läßt sich immer noch nicht voraussagen. Die Unternehmer haben nur an wenigen Orten Entgegenkommen gezeigt und den Arbeitern einige Zugeständnisse gemacht. An den meisten Orten

aber sind die lokalen Verhandlungen ergebnislos verlaufen. Trotz alledem werden diese Verhandlungen noch fortgesetzt, schon um nach außen den Schein zu vermeiden, als wollten die Unternehmer den Kampf provozieren. Letztere haben jetzt eine zentrale Verhandlungskommission gebildet, welche Vertreter der örtlichen Parteien zur Information vorzuladen berechtigt ist. Diese Kommissionsverhandlungen sollen nach der „Zachzeitung“ den letzten Versuch zur Verhütung einer Aussperrung darstellen. Es ist eigentlich unbegreiflich, wozu diese zentrale Verhandlungskommission dienen soll, nachdem man das Schiedsgericht unter dem Vorsitz des Herrn v. Berlewich abgelehnt hat. Offenbar will man die Öffentlichkeit über seine wahre Gesinnung täuschen läßt. — Die in der Aktien-Gesellschaft für Büchsenindustrie in Striegau schwebenden Differenzen sind durch Verhandlung der Direktion mit den Vertretern des Gewerksvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter und des Metallarbeiterverbandes zur beiderseitigen Zufriedenheit beigelegt. Dieser Erfolg konnte nur durch die Einigkeit der Arbeiter erzielt werden.

Gesamtergebnisse der Alters- und Invaliditätsversicherung. Die Zahl der seit dem 1. Januar 1891 bis einschließlich Dezember 1909 bewilligten Invalidenrenten betrug 1748 137. Davon sind infolge Todes oder Auswanderung des Berechtigten, Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit, Wegzugs von Unfallrenten oder aus anderen Gründen weggefallen 854 552, so daß am 1. Januar 1910 liefen 893 585. Die Zahl der während desselben Zeitraums bewilligten Altersrenten betrug 481 382. Davon sind infolge des Todes oder Auswanderung des Berechtigten oder aus anderen Gründen weggefallen 379 020, so daß am 1. Januar 1910 liefen 102 362. Invalidenrenten gemäß § 16 des Invalidenversicherungs-gesetzes, d. i. die sogenannten Krankenrenten, wurden seit dem 1. Januar 1900 bewilligt 103 192. Davon sind infolge Todes, Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit oder aus anderen Gründen weggefallen 84 690, so daß am 1. Januar 1910 liefen 18 502. Beitragsersatzungen sind bis zum 31. Dezember 1909 bewilligt: a) an weibliche Versicherte, die in die Ehe getreten sind, 1 962 340, b) an versicherte Personen, die durch einen Unfall dauernd erwerbsunfähig im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes geworden sind, 6026, c) an die Hinterbliebenen von Versicherten 437 967, zusammen 2 406 333.

Die Vorteile der englischen Arbeitszeit werden in der „Gartenlaube“ an der Hand der Erfahrungen eines großen Berliner Industriewerkes wie folgt geschildert:

Die Methode, die hier angewendet wurde, um den Einfluß der Tischzeit auf die Leistungsfähigkeit zu ermitteln, war verhältnismäßig einfach. Die Arbeiter waren ausnahmslos an Werkzeugmaschinen mit elektrischem Antriebe beschäftigt. Man konnte daher aus dem Stromverbrauche ziemlich sicher auf die wirkliche Arbeit schließen. Denn eine Werkzeugmaschine, die überhaupt stillsteht, braucht gar keinen Strom. Eine Werkzeugmaschine, die wenigstens angefahren ist, braucht etwas Strom, und eine Werkzeugmaschine, auf der wirklich gearbeitet wird, auf der ein Werkstück eingespannt ist, und der Dreh- oder Spindelspann von diesem Werkstücke kräftig Späne herunternimmt, braucht sehr viel mehr Strom. Man begann nun in jener Fabrik die Versuche in der Weise, daß man zwei Abteilungen herausgriff, die bisher ungefähr gleichen Stromverbrauch gehabt hatten. Dann gab man der einen Abteilung eine englische Arbeitszeit mit einer halbstündigen Mittagspause, der anderen ließ man die alte deutsche Arbeitszeit. Da war es nun hochinteressant, die Stromkurven der beiden Abteilungen zu vergleichen. Am Vormittage verlief die Sache ungefähr gleichartig. Aber dann kam der Nachmittag. Da zeigte sich ein gewaltiger Unterschied: Die Abteilung mit der englischen Tischzeit hatte nach zehn Minuten bereits wieder die volle Höhe des vormittäglichen Verbrauchs erreicht und behielt ihn bis zur Vesperpause bei, um dann auch in der Zeit zwischen Vesper und Schluß noch einen erheblichen Verbrauch zu zeigen. In der Abteilung mit der deutschen Tischzeit machte sich dagegen die Nachwirkung der langen Mittagspause sehr stark fühlbar. Wie eine Maschine, so scheint auch der menschliche Organismus nur sehr langsam wieder anzufahren, wenn er einmal ordentlich ausgepausert hat. So setzte der Stromverbrauch hier am Nachmittag nur sehr langsam wieder ein und hatte auch zur Vesperzeit noch nicht die höchste Höhe des Vormittags erreicht. Nach der Vesperpause stieg er wohl etwas schneller als nach der Mittagspause an, aber auch hier war die Leistung erheblich schwächer als für die gleichen Schlusstunden bei englischer Arbeitszeit. Die betreffende Firma hat alsbald schlüssig die englische Arbeitszeit in ihren sämtlichen Werken eingeführt. Ueberdies spart sie noch die Kosten für die Beleuchtung der ausgedehnten Räume während zahlreicher Stunden im Jahr, ein Gewinn, der sich auf viele Tausende beläuft.

Diese Erfahrungen decken sich mit dem, was uns Kollegen auf Grund eigener Beobachtungen

mitgeteilt haben. Trotz alledem wird der englischen Arbeitszeit noch vielfach Widerstand entgegengeleitet, vor allen Dingen wohl deshalb, weil unsere Verhältnisse darauf nicht zugeschnitten sind. Die Einteilung des Schulbesuches der Kinder namentlich bildet einen Hauptgrund dafür, daß man von der an sich guten Einrichtung bei uns bisher so wenig Gebrauch gemacht hat.

Einen weiblichen Wohnungsinspektor hat der Kreis Worms angestellt. Dr. Elie Conrad — so heißt die Beamtin — hat jetzt ihren ersten Tätigkeitsbericht veröffentlicht, der erkennen läßt, wie sehr gerade ein weiblicher Beamter zu dieser Art Beschäftigung geeignet ist. Die Aufgabe der Wohnungsinspektorin bestand hauptsächlich darin, in die örtliche Wohnungsinspektion den Gedanken des engen Zusammenhangs von Wohnung und allgemeinem Volkswohl zu tragen. Sie arbeitete, wie die „Soz. Prax.“ mittelt, Hand in Hand mit den Ortswohnungsinpektoren, denen sie neue Anregungen gab und die ihre wiederum mit ihrer Lokalkenntnis nützten. Die Beamtin konzentrierte ihre Tätigkeit auf die Besichtigung der Familienwohnungen, während die Inspektion der Schlafstellen für Gesellen, Lehrlinge und Dienstboten, die das bestmögliche Wohngegend vorzeichnet, noch unterbleiben mußte. Bei technischen Fragen der Wohnungsreform wurde sie durch den Kreisbauinspektor unterstützt. Die Hauptmängel, die durch die Inspektion aufgedeckt wurden, bezogen sich auf Feuchtigkeit, die Abortverhältnisse, die Ueberfüllung und den Mangel an Betten. Ueberflüssig zeigte sich, daß die Wohnungsverhältnisse in Eigenhäusern oft viel ungünstiger waren als in Mietwohnungen; der Besitzer eines kleinen Hauses ist häufig zu arm, um auch nur die allerersten Verbesserungen vornehmen zu können, während die Besitzer der Miethäuser leichter dazu gebracht werden können.

Das Charakteristische an der Tätigkeit der Wohnungsinspektorin ist die Beeinflussung der Frauen, um auf dem Wege gütlicher Ueberredung und Belehrung allmählich hygienische Verbesserungen herbeizuführen. So wirkte sie nicht nur bei ihren Hausbesuchen auf sachgemäße Einteilung und Ausnützung der Räume hin, sowie auf Reinlichkeit und Lüftung, sondern sie sammelte auch größere Scharen von Frauen zu populären Vorträgen über die Wohnungs- und allgemeine hygienische Fragen um sich. Auch Führungen der Frauen durch das hiesige Tuberkulose-Museum fanden unter ihrer Leitung statt. Ferner arbeitete sie in enger Fühlung mit den Schwestern der Krankenpflegestationen. Es wurden die Stationen teilweise mit besseren Krankenpflegegeräten versehen, ferner die Krankenpflegerinnen gleichfalls durch Vorträge mit den Ideen der Wohnungsinspektion vertraut gemacht. Bei ihren Hausbesuchen machte die Inspektorin ferner, wo es nötig war, die Familien auf die Tuberkulose-Vorsorgestellen oder auf Einrichtungen zum Säuglings- und Mutterstuhls aufmerksam, so daß der hygienische Nutzen dieser Inspektionen durch Frauen noch weit über die Wohnungsfrage selbst hinausreicht und die Nachahmung des hiesigen Beispiels den Kommunen und Kreisverwaltungen dringend zu empfehlen ist.

Zugleich mit der diesjährigen Weltausstellung soll in Brüssel eine Heimarbeit-Ausstellung stattfinden. Zu diesem Zwecke hat sich in diesem Monat unter dem Vorsitz des Brüsseler Bürgermeisters ein Ausschuss gebildet. Aufgabe der Ausstellung soll sein, die Mängel des Heimarbeitewesens der großen Öffentlichkeit drastisch vor Augen zu führen, und diesen Zweck glaubt man um so leichter erreichen zu können, wenn man diese Ausstellung zugleich mit der Weltausstellung veranstaltet, so daß Vergleiche mit der Großindustrie gezogen werden können. Auf diese Weise werden den Besuchern die Lichtseiten und Schattenseiten der industriellen Entwicklung zu gleicher Zeit vor Augen geführt. Regierung, Gemeinde und auch die Provinzen haben namhafte Geldsummen für die Durchführung der Heimarbeit-Ausstellung beigegeben. Soffentlich gelingt es, dadurch auch die schlimmsten Auswüchse der Heimarbeit zu beseitigen.

Arbeiterführer in hohen Staatsstellen findet man häufiger in England. Wir erinnern nur an den Maschinenbauer John Burns, der bisher den Posten eines Arbeitsministers bekleidete und zweifellos auch weiter bleiben wird. Jetzt ist ein anderer Arbeiterführer, nämlich Richard Bell, der weit über die Grenzen Englands hinaus bekannte Generalsekretär des Gewerkschafts der Eisenbahner, der auch sonst in der Gewerk-

vereinsbewegung Englands eine bedeutende Rolle spielt hat, in die neue Arbeitsnachweisabteilung des Handelsamts berufen worden. Sein Jahresgehalt beträgt vorläufig 8000 Mk. und kann bis auf 12 000 Mk. steigen. Von der sozialistischen Presse wird Bell wegen der Annahme dieser Berufung heftig angegriffen. Das dürfte keinen Grund zum großen Teil darin haben, daß er als Mitglied des Unterhauses sich nicht der Arbeiterpartei, sondern den Liberalen angeschlossen hatte.

Die 408. Veranstaltung des Vereins für Volksunterhaltungen findet am Sonntag, den 13. Februar, abends 7 Uhr, im Konzertsaal der Königl. Hochschule für Musik (Charlottenburg, Gartenbergstraße) statt, wobei mitwirken werden: der Männerchor ehemaliger Schüler des Königl. Domchors unter Leitung des Königl. Musikdirektors Herrn Stöckert, Fräulein Hilde Ellger (SoloGesänger), Herr Dr. Alfred Daniel (Rezitation).

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1909.

Ortsverband Biberach a. N.

Der Ortsverband erledigte seine Geschäfte in 7 kombinierten und 2 engeren Ausschüssen sowie 8 ordentlichen und 1 außerordentlichen Verbandsversammlung. Große Befriedigung erweckte in uns das Zustandekommen des württembergischen Arbeitersekretariats, dessen Beamter, Kollege Fuchs, sich durch seine energische Tätigkeit für die Gewerkschaften unserer vollen Vertrauen erworben hat. Leider sind bis jetzt noch nicht alle Ortsvereine dem Sekretariat angeschlossen, doch hoffen wir, daß dies im Laufe des Jahres geschieht. Ferner hatten die Wahlen zur unteren Verwaltungsbehörde einen vollen Erfolg für uns, indem 3 Gewerkschaften hierzu gewählt wurden. Betreffs Zuziehung von Arbeitern als Schöffen ist der Ortsverband bei der zuständigen Behörde mit einer Eingabe vorstellig geworden, und sind darauf auch mehrere Kollegen in die Listen eingezeichnet worden. Das Resultat der Auslosung liegt jedoch noch nicht vor.

Die Agitationskommission hat sich im Jahre 1909 außerordentlich bewährt. Die Arbeit derselben war viel intensiver als früher. Die Mitgliederzahl im Ortsverband stieg von 427 auf 441. Außerdem zählt der dem Ortsverband nicht angeschlossene Ortsverein der Bauhandwerker 16 Mitglieder, der Ortsverein der Textilarbeiter 10 Mitglieder.

Zuletzt tobt in unserem Städtchen ein Vorkrieg, zu dem auch unser Ortsverein in einer Massenversammlung Stellung genommen hat. Das Hauptergebnis war die Wahl einer Kommission, die mit den Brauereien bzw. dem Wirtverband unterhandeln soll zwecks friedlicher Beilegung der Bierpreistrage. Das Resultat bleibt abzuwarten.

Im den Kollegen auch in gesellschaftlicher Hinsicht etwas zu bieten, wurde eine Feiernachtunterhaltung, ein Waldfest sowie eine Weihnachtsfeier veranstaltet. Außerdem fand eine großartig verkaufene Gewerkschafts-Kundgebung auf dem „Hohenlaufen“ bei Göppingen statt, an der vom Ortsverband Biberach gegen 70 Kollegen teilnahmen. Der hiesige „Sängerbund der Gewerkschaften“ beteiligte sich vollzählig an der Feier und trug durch den Vortrag mehrere Lieder zur Verschönerung derselben bei.

Allen Kollegen, die im verflochtenen Jahre im Interesse des Ortsverbandes weder Mühe noch Zeit gescheut haben, sei hier herzlich Dank gesagt. Wir hoffen und wünschen, daß die in diesem Jahre zu erwartende Arbeit zum Nutzen und Frommen des Ortsverbandes sowie der ganzen Gewerkschaftsangelegenheiten dienen möge.
Georg Müllerichon, Ortsverbandschriftführer.

Ortsverband Frankfurt a. D.

Seine Aufgaben erledigte unser Ortsverband, dem am Schlusse des Jahres 4 Ortsvereine angehörten, durch 4 Vertreter-, 5 Ortsverbands-, 2 kombinierte Ausschüssen und 2 öffentliche Versammlungen. In einer derselben hielt im Anschluß an den Bezirkskongress der Schuhmacher und Lederarbeiter Kollege Sturm-Berlin einen Vortrag über „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse und die Wirtschaftslage“. In der anderen sprach Herr Justizrat Jacob über „Die Bedeutung der Gewerkschaften“. Zu dieser Versammlung war der hiesige evangelische Arbeiterverein geladen, mit dem wir eine Einigung leider nicht erzielen konnten. Infolgedessen wurde auf die Aufstellung eigener Kandidaten verzichtet. Ferner sprach noch in öffentlicher Versammlung Herr C. H. Berlin über „Rechtsfinanzreform und Arbeiterschutz“. Einen ganz besonderen Eifer entwickelte der Kollege F. Lehmann, dem es noch kurz vor Jahresabschluss gelang, einen Ortsverein der Frauen und Mädchen ins Leben zu rufen. Möge dieser Verein sich kräftig entwickeln.
Otto Bethig, Ortsverbandschriftführer.

Ortsverband Gersheim.

Auch in diesem Jahre kann unser Ortsverband auf eine reiche Tätigkeit zurückblicken. Obgleich der Ortsverein der Tischler durch örtliche Kräfte schwer zu leiden hatte, hat er sich doch so ziemlich auf der alten Höhe gehalten, dank der rastlosen Tätigkeit der Vorstandsmitglieder. Aber auch die anderen Ortsvereine haben es nicht an der Agitation fehlen lassen, so daß dem

Ortsverbande jetzt 153 Mitglieder angehören. Es wurden abgehalten 7 Ausschüssen, 4 kombinierte Ausschüssen und 6 Ortsverbandsversammlungen. Ferner hielt Kollege Bernd einen Vortrag über: „Medizin und Naturheilkunde“. Auch hatten wir die Ehre, den Delegiertentag des Landesverbandes, welcher vier Tage, begrühen zu können, an dem auch der Kollege Erkelenz als Vertreter des Zentralrats teilnahm. Wie im vorigen Jahre so wurde auch in diesem Jahre ein gemeinschaftlicher Spaziergang nach Adelsdorf unternommen, welcher zur größten Zufriedenheit verlief. In den einzelnen Versammlungen wurde vielfach Klage geführt über den schwachen Besuch, und hoffen wir, daß es im neuen Jahre besser werden möge. Manderlei segensreiche Einrichtungen hat der Ortsverband im vergangenen Jahre getroffen. Der Vorsitzende, Kollege Franke, stellte sich den Mitgliedern bereitwillig zu Rechtsauskünften zur Verfügung. Erfreulicherweise machten die Mitglieder starken Gebrauch davon; dennoch mühte von den einzelnen Ortsvereinen in dieser Hinsicht noch mehr Klarheit geschaffen werden. In der letzten Ortsverbandsversammlung wurde beschlossen, einen Arbeitsnachweis ins Leben zu rufen. Mit dieser Arbeit soll nunmehr begonnen werden. Auch an der diesjährigen Christbescherung nahmen die Mitglieder regen Anteil; konnten doch dieses Jahr 162 Kinder reichlich beschenkt werden.

Es liegt nun auch im neuen Jahre im Interesse der Mitglieder, die Versammlungen recht zahlreich zu besuchen und Opferfreudigkeit an den Tag zu legen, damit wir auch in diesem Jahre ein so schönes Fest für unsere Kinder veranstalten können.

Alles in allem haben die Kollegen die ihnen obliegenden Verpflichtungen erfüllt, und sei an dieser Stelle allen Helfern der Dank dafür ausgesprochen. Nun aber auf, Kollegen und Kolleginnen, zu neuer Arbeit! Arthur Hiller, Schriftführer.

Ortsverband Hagen i. W.

Das Jahr 1909 war reich an Arbeit für den Ortsverband. Leider muß aber auch gesagt werden, daß bei den Mitgliedern oft nicht das nötige Verständnis für den Ortsverband vorhanden war. Das muß unbedingt anders werden, und besonders die Ausschüsse der angeschlossenen Ortsvereine müssen versuchen, das nötige Interesse bei den Mitgliedern zu wecken.

Zu Anfang des Jahres wurde eine Eingabe um Beschäftigung der Arbeitslosen an die Verwaltung der Stadt Hagen gerichtet. Die im März stattgefundene Gewerbegerichtswohle in der Stadt Hagen ist leider für uns ohne Erfolg gewesen. Dagegen wurden im Landkreis Hagen zwei Kollegen als Weisiger gewählt. Das Ortsverbandsfest wurde in Hagen gefeiert, wies aber leider nur einen schwachen Besuch auf. Der Verbandskongress der Bodenreformer wurde besucht und der Ortsverbandsvorsitzende Kollege Wiegner in den Provinzialvorstand gewählt. Sodann beschäftigte sich der Ortsverband mit den Wahlen der Arbeiterbeisitzer zur unteren Verwaltungsbehörde, bei denen auch einige Kollegen gewählt wurden. Von einer Beteiligung an den Stadtverordnetenwahlen wurde Abstand genommen. Im November fand eine vom Ortsverband einberufene Gewerkschaften-Konferenz des Kreises Hagen-Schwelm statt, welche sich mit der bevorstehenden Landtags-Erstausschreibung befaßte. Eine dazugehörige Kommission setzte sich mit den maßgebenden Personen in Verbindung und brachte die Wünsche unserer Kollegen vor. Bei der Gewerbegerichtswohle in Hagen wurde ein Kollege als Beisitzer gewählt. Auch befaßte sich der Ortsverband mit der Errichtung einer Rechtsauskunftsstelle. Diese Angelegenheit ist aber am Schlusse des Jahres noch nicht erledigt.

In Sitzungen und Versammlungen fanden statt: 4 Vorstands-, 6 Vertreterkongresse, 4 Ortsverbandsversammlungen sowie 3 Konferenzen.

Dem Ortsverbande sind 20 Ortsvereine angeschlossen. Leider sind aber verschiedene darunter, welche sehr säumig sind, sowohl was die Zahlung der Beiträge als auch die Beteiligung an den Sitzungen anbelangt.
Karl Steibl, Ortsverbandschriftführer.

Ortsverband Hannover-Linden und Umgegend.

Der Ortsverband erledigte seine Geschäfte in 8 Ausschüssen, 2 kombinierten Ausschüssen und 6 Ortsverbandsversammlungen. In 4 Versammlungen war für ein Referat Sorge getragen. In der Versammlung, welche in Rislingen tagte, sprach Kollege Wilke-Linden über: „Die diesjährige Veranlagung zur Einkommensteuer“, worauf eine lehrreiche Aussprache folgte. In Linden referierte Herr Pastor Lehmann über: „Die Sonntagseruhte in sozialer Beziehung“. In den Versammlungen zu Hainholz und Linden sprach Herr Pastor Chapuzca über: „Die Krisis der heutigen Zeit“. Den lehrreichen Vorträgen wurde lebhafter Beifall entgegengebracht.

Die Versammlungen ergielten einen besseren Erfolg als im Vorjahre; doch ließen die Sitzungen an Besuch viel zu wünschen übrig. Die Auskunftsstellen wurden sehr rege in Anspruch genommen; namentlich wurden einem großen Teil der Kollegen Reklamationen für die Steuerbehörde angefertigt.

Wie im vorigen, so wurden auch in diesem Jahre 8 Mitglieder zu Hauptstößen für 1910 ausgelost.

In diesem Jahre wurde gegen 1908 an die doppelte Anzahl durchreisender Kollegen Unterweisung gezahlt bzw. der Herberge zur Heimat überwiesen. Der geschäftsführende Ausschuss wünscht nun, daß die Hoffnungen, die auf das neue Geschäftsjahr gesetzt sind, auch in Erfüllung gehen mögen.

F. R. Bothé, Sekretär.

Dritterverband Ravensburg.

Der Ortsverband Ravensburg erlebte die Geschehnisse in 6 Ausschüß- und 3 kombinierten Ausschüßsitzungen, 5 Verbandsversammlung und 2 öffentlichen Versammlungen. In einer der letzteren sprach Kollege R. i r o - Kolberg über: „Die Wirkung der neuen Steuergeheimhaltung auf den Arbeiterhaushalt und die Arbeitslosigkeit“, in der anderen Kollege V o r r a t h - Eising über: „Ist es notwendig, daß sich die Arbeitererschaft Ravensburgs durch Aufstellung von Kandidaten an den Stadtverordnetenwahlen beteiligt?“ Beide Veranstaltungen erfreuten sich eines zahlreichen Besuches. An den Vorstands- und Vertreterwahlen zur Krankenkassenwahl sowie an den Stadtverordnetenwahlen beteiligte sich der Ortsverband reger. Bei den ersteren hatten wir einen großen Erfolg zu verzeichnen, während bei den Stadtverordnetenwahlen unsere Kandidaten nicht durchgekommen sind.

Unser Ortsverband zählt 4 Ortsvereine mit zusammen 142 Mitgliedern. Der im Juli 1908 mühsam gegründete Ortsverein der Maler und Lackierer, der sich anfangs gut entwickelte, mußte leider wieder aufgelöst werden. **J. L. Carl F h i m m**, Vorsitzender.

Gewerkevereins-Teil.

8 Duisburg. Seit Bestehen des Arbeitersekretariats der Deutschen Gewerkevereine hat die Frequenz langsam aber ständig zugenommen. Aus kleinen bescheidenen Anfängen hat sich daselbst unter den bereits am Ort vorhandenen Arbeitersekretariats und Rechtsauskunftstellen, Terrain erobert müssen. Heute steht es mit an erster Stelle, Beweis genug, daß das Arbeitersekretariat es verstanden hat, sich das Vertrauen der breiten Bevölkerungsschichten zu erwerben. Erfolgreicherweise haben bereits in letzter Zeit vier Evangelische Arbeitervereine des Duisburger Bezirks sich offiziell dem Arbeitersekretariat angeschlossen. Durch Zahlung einer jährlichen Pauschalsumme seitens dieser Vereine erhalten ihre Mitglieder unentgeltliche Ratserteilung sowie auch die Anfertigung der erforderlichen Schriftsätze.

Das Arbeitersekretariat wurde im vergangenen Jahre von 2581 Personen in Anspruch genommen. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Steigerung um 538. Von den um Ratnachsuchenden waren männlich 2350, weiblich 231. Organisiert waren 1763, unorganisiert 818. Die Organisationszugehörigkeit verteilt sich folgendermaßen: Gewerkevereiner 1704, sozialdemokratische Gewerkschaften 33, christliche Gewerkschaften 10, sonstige Gewerkschaften 16.

Von den erteilten Auskünften entfallen auf die Arbeiterversicherung 843, hiervon allein auf die Unfallversicherung 600, Arbeits- und Dienstvertrag 357, bürgerliches Recht 328, Kontur, Pfändung, Offenbarung und u. v. 92, Strafrecht 129, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 739, sonstiges 96. 2174 Auskünfte wurden mündlich, 387 schriftlich erteilt. Die erteilten Auskünfte machten die Anfertigung von 994 Schriftsätzen erforderlich. Die notwendigen Abschriften z. B. in dieser Zahl nicht mit einbezogen.

Das finanzielle Ergebnis besteht, soweit eine Feststellung möglich war, darin, daß rund 10 000 Mark den einzelnen Auskunftsnehmenden erhalten resp. erstattet wurden. Leider können einzelne Personen sich immer noch nicht aufschwingen, dem Sekretariat über den Ausgang der Sache Mitteilung zu machen. Sonst dürfte das Ergebnis bedeutend höher sein.

Auch in diesem Jahre wird das Arbeitersekretariat bestrebt sein, das ihm geschenkte Vertrauen zu rechtfertigen. Sprechstunden sind auf dem Bureau, Aufhorster-

straße 85 VI, von 9 bis 1 Uhr vormittags und von 3 bis 6 Uhr nachmittags, Montags und Sonnabends bis abends 8 Uhr. An Sonn- und gesetzlichen Feiertagen ist das Bureau geschlossen. Auswärtige Sprechstunden finden statt: für Saar und Umgegend jeden Sonnabend von 8 bis 10 Uhr abends in der Wirtschaft Verm. Schrauen in Saar, gegenüber der kath. Kirche; für Bruchhausen und Umgegend jeden Mittwoch von 5 bis 8 Uhr nachmittags in der Wirtschaft Jos. Doller zu Marzloch, Wolfstr. Nr. 40. E. A.

8 Hohenheim i. Baden. Der Gewerkeverein der Zigarren- und Tabakarbeiter hielt am 22. Januar eine öffentliche Versammlung ab, die sich eines sehr starken Besuches aus Hohenheim, Neuluhheim und Neilingen zu erfreuen hatte und in welcher der Kollege H a r t m a n n - Mannheim das Thema: „Die wirtschaftliche Lage der Tabakarbeiter“ behandelte. Der Redner entwarf ein klares Bild der traurigen Verhältnisse, in denen sich zurzeit die Tabakarbeiter durch die verkehrte Wirtschaftspolitik der Reichsregierung befinden und die noch durch die Finanzreform erheblich verschlechtert worden sind. Teilweise und völlige Arbeitslosigkeit hat unter dieser Arbeiterkategorie große Not hervorgerufen, und der 4 Millionen-Unterstützungsfonds ist bei weitem nicht ausreichend, diese Notlage wesentlich zu mindern. In seinen weiteren Ausführungen streifte der Redner auch die schmerzhaften Maßnahmen des industriellen Unternehmertums, die darauf gerichtet sind, die Arbeiter in Abhängigkeit und Hörigkeit zu erhalten. Nur durch starke wirtschaftliche Berufsorganisationen der Arbeiter kann diesem Lebermut geteuert werden. Nur dadurch kann auch die Widerstandskraft der Arbeiter gegen einseitige Maßnahmen der Arbeitgeber gestärkt und die Bahn geebnet werden zum erfolgreichen Kampf für Rechte und Freiheiten der Arbeiterschaft. Mit einem warmen Appell an die Anwesenden, sich der Organisation anzuschließen und tapfer mitzutun für die Hebung der Lebenslage der Arbeiter, schloß der Redner unter lebhaftem Beifall seine Ausführungen. Nach ihm ergriff der Generalsekretär des Gewerkevereins der Zigarren- und Tabakarbeiter, Kollege H o f f - Heideberg das Wort, um die Bestrebungen und Leistungen dieses Gewerkevereins darzulegen. Ferner sprach noch Kollege D e r d e k e r - Mannheim über sozialpolitische Forderungen der Arbeiterschaft mit besonderer Bezugnahme auf die Arbeitslosenversicherung und die Einführung und Ausgestaltung paritätischer Arbeitsnachweise, wobei er die einseitigen Arbeitgebernachweise einer vernichtenden Kritik unterzog. Auch diese beiden Redner ernteten großen Beifall.

Die ganze Versammlung nahm einen sehr günstigen Verlauf. Zum Schluß wurde auf die Bedeutung der Tagespresse hingewiesen und zum Abonnement auf die „Badisch-Pfälzische Volks-Zeitung“ aufgefordert, welche jederzeit bereit ist, für die Förderung unserer Bestrebungen einzutreten. x.

8 Siegersdorf i. Schl. Der Ort Siegersdorf, der Ausgangspunkt mehrerer Nebenbahnen, konnte am 27. Januar durch die unermüdete Tätigkeit der Görtlicher Kollegen, vor allem unseres Kollegen G r u c h o t - Görtlich für den Gewerkeverein der Eisenbahner erobert werden. Zunächst sind 14 Kollegen dem neugegründeten Verein beigetreten. Es ist begründete Hoffnung auf eine sehr gute Entwicklung des Vereins vorhanden. Die Gegend ist viel von Eisenbahnern bewohnt, bietet also viel Feld zur Arbeit. In Seeliesen befindet sich demnach der Gewerkeverein der Eisenbahner in ständiger Vorwärtsentwicklung. Den tätigen Kollegen vielen Dank. Hoffentlich spornet der Erfolg auch die Kollegen anderer Orte und Gebenden an, für den jüngsten Gewerkeverein im Verbands die Bahn frei zu machen. x.

Verbands-Teil.

Berlin.

Berlin. Distrikterklub der Deutschen Gewerkevereine (G.-D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerkevereine N.O., Greifswalderstraße 221/223. Mittwoch, 9. Februar, Vortrag des Kollegen Jordan über: „Jahrespolitik“. Gäste sind herzlich willkommen. — **Gewerkevereins-Kassentafel (G.-D.).** Jeden Donnerstag, abds. 9—11 Uhr, Leberungsstunde im Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine (Grüner Saal). Gäste willkommen. — **Sonntag, 6. Februar. Kaufleute** (Schlingens-Ableitung). Um 5 Uhr Besichtigung der Treptower Sternwarte. — **Kaufleute** (Sport-Ableitung). Spiele auf dem Sportplatz in Schöneiche (Waltingers Kurhaus). — **Bildhauer.** Montag, 7. Februar, abds. 9 Uhr, Versammlung, Dresdenerstr. 10 bei Preuß. — **Eisenbahner** (Bezirk Kammelsburg). Sonnabend, 5. Februar, Versammlung mit Damen im Vereinslokal, Vorklagen, Neue Bahnhofstr. 1.

Orts- und Regionalverbände.

Nachen (Distrikterklub). Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, abends 8½ Uhr, Distrikterabend bei Leichter, Ecke Hanfemannplatz und Zillierstraße. — **Hamburg** (Distrikterklub). Jeden Mittwoch, abends 8½ Uhr präz., in Hüttmanns Hotel, Poolstr., Distrikterabende. (Distrikterklub). Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, abends 9 Uhr bei Pastor, Kaiser Wilhelmstraße 77. — **Köln** (Distrikterklub). Sitzung jeden Mittwoch, abends 9 Uhr, im Restaurant „Bayer Kolping“, Elbergrasse. — **Hamburg** (Distrikterklub). Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat bei Pastor, Kaiser Wilhelmstraße. — **Duisburg** (Distrikterklub). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, abends 8½ Uhr, im Lokal des Herrn Hakenkamp, Friedrich Wilhelmstraße, Distrikterabend. — **Mühlheim-Nuhr** (Distrikterklub). Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormitt. 10 Uhr, Vertretertag beim Wirt Joh. Müller, Sandstraße 38. — **Cottbus** (Distrikterklub). Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Kodel, Berlinerstr. 120. — **Ketzin** (Gewerkevereins-Kassentafel). Die Leberungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstraße 25, statt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Weißenfels a. S.** (Sängerkor der Deutschen Gewerkevereine). Leberungsstunden jeden Dienstag, abends 8½—11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Gefangene Gewerkevereinskollegen stets willkommen. — **Ferchau** (Distrikterklub). Jeden Mittwoch 8½ Uhr bei Zander, Döhrstr. — **Cottbus** (Sängerkor der Deutschen Gewerkevereine). Die Leberungsstunden finden jeden Dienstag abends 8½ Uhr im Lokal Kegel, Poststr. 5, statt. Stimmbegabte Kollegen sind herzl. willkommen. — **Geisenkirch** (Ortsverband). Jeden 1. Sonntag im Monat Ortsverbandsvertretertag, vormittags 10 Uhr, im Vereinslokal C. Simon, Alter Markt. — **Spreenberg** (Distrikterklub). Jeden Dienstag, abends von 9 bis 11 Uhr im Bureau, Jägerstraße 6, Sitzung. Gewerkevereinsmitglieder sind stets willkommen. — **Weißenfels** (Distrikterklub der Gewerkevereine). Jeden Mittwoch 9 bis 11 Uhr Sitzung im Rest. „Schweizerhaus“. — **W.-Glabbach** (Sängerkor der Deutschen Gewerkevereine). Sitzung jeden Dienstag, abends 9 Uhr, bei Herrn Joh. Janßen, Krefelderstraße 333. Jeder Kollege herzlich willk. — **Zegel** (Distrikterklub für Zegel, Vorklagen und Reindorf). Sitzung jeden Dienstag abends von 8—10 Uhr bei Rechner, Berlinerstr. 38. Gäste willkommen. — **Düsseldorf** (Volkswirtschaftsschule). Jeden Montag, abends von 9—11 Uhr im Verbandsbureau, Karlsruherstr. 29, Sitzung. — **Königsberg i. Pr.** (Distrikterklub). Sitzung jed. 2. u. 4. Mittwoch im Monat im Verbandslokal b. Sobat, Poststr. 11. — **Schwerte-Kassentafel** (Ortsverband). Sonntag, 13. Februar, Vertretertag in Lorzelow, Schützenhaus.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Verband der Deutschen Gewerkevereine (G.-D.)

Montag, 7. Februar, abends 8 Uhr, im großen Saale des Verbandsbureaus, Greifswalderstraße 221/223, **Große Gewerkevereins-Versammlung.**

Tages-Ordnung: Der paritätische Arbeitsnachweis. Referenten: Herr Dr. Becker, Generalsekretär des Verbandes der Arbeitsnachweise, und Verbandsvorsitzender Karl Goldschmidt.

Wir laden zu dieser Versammlung alle Verbandskollegen und Kolleginnen Berlins und der Vororte recht dringend ein. Mit Rücksicht auf die bedenklichen Vorgänge auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises ist es höchste Pflicht aller Gewerkevereiner, zu dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen. Die Versammlung muß sich zu einer machtvollen Kundgebung gegen die einseitigen Nachweise der Unternehmer und für die paritätischen Arbeitsnachweise gestalten.

Der Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine. **J. L. Carl F h i m m**.

Uhren u. Goldwaren
Ketten, Ringe, Arm-
bänder etc. zu en gros-
Preisen direkt an Private.
Praktikalanstalt (320 Stk. stark)
umsonst und portofrei.
Lya-Werke Hermann Klaassen
in Prenzlau. Postfach Nr. U 199.

Für ein freistellendes Blatt Südbayenslands wird ein junger, un-
verheirateter
Redakteur
gesucht, der auch mit den Arbeiter-
fragen gut vertraut ist. Anfrage-
schreiben 2400 Mark. Offerten un-
t. G. 228 an die Expedition des
„Gewerkevereins“.

Kensal. (Ortsverb.). Durchreis-
Genossen erhalten 50 Pfg. bei Aug.
K e i m e r s, Friedrichstraße 86.

Düsseldorf und Umgegend
(Ortsverband). Durchreisende Ge-
werkevereinskollegen aller Berufe er-
halten in unserem Verbandsbureau
zum Klosterkeller, Aufhäuser- und
Klosterstraßen-Ecke, frei Logis mit
Frühstück oder 75 Pfg. Ortsgehens.
Zu melden auf dem Bureau, I. Etage.
Dafelbst Arbeitsnachweis für alle
Berufe.

Leipzig-West (Ortsverband).
Vom 1. Juli ab erhalten durch-
reisende Gewerkevereinskollegen die
Karten für das Ortsverbands-
geschenk bei den Vereinskasstieren.
Für Abendbrot und Nachtquartier
haben dieselben in „Stadt
Hannover“, Leipzig, Seeburgstraße,
Gültigkeit.

Lübeck (Ortsverband). Alle
durch- und zureisenden Kollegen er-
halten 75 Pfg. Lokalunterstützung bei
den Ortsvereinskasstieren, für
die fehlenden Berufe beim Ortsver-
bandskasstier. Dafelbst werden
auch Karten für die Herberge ver-
abfolgt. Verkehrslokal bei F. Wurke,
Stavenstraße.

Regionalverband für die Mitglieder der Deutschen Gewerkevereine (G.-D.) und deren Angehörigen in Berlin und dessen Vororten.

General-Versammlung

am Sonntag, den 20. Februar 1910, vormittags 9½ Uhr, Greifswalderstraße 221—223.

Tages-Ordnung: Kassen- und Revisionsbericht III. und IV. Quartal 1909. Jahresbericht per 1909. Wahl des Vorstandes und der Revisoren. Festlegung der Entschädigungen nach § 24 des Statuts. Verschiedenes.

Der Vorstand.

S. Schloßauer,
Vorsitzender.

H. Körner,
Schriftführer.

Gewerkeverein der Deutschen Eisenbahner (G.-D.).

Am Sonntag, den 6. Februar cr., vormittags 9½ Uhr findet in den Antonseffsälen in Breslau der

II. ordentliche Delegiertentag

statt. Soweit es nicht schon geschehen ist, werden die Ortsvereine ersucht, die Namen der Delegierten dem Hauptvorstande bekannt zu geben.
Friemer, Vorsitzender. **Röhm,** Schriftführer u. d. Kassierer.